

**Begrüßungsansprache des Präsidenten des Sächsischen Landtags,  
Dr. Matthias Rößler, zum Festakt zum Tag der Deutschen Einheit  
am 3. Oktober 2011 im Plenarsaal des Landtags**

Sehr geehrter Herr stellvertretender Ministerpräsident, verehrter Herr Kollege Morlok,  
lieber Werner Schulz,  
liebe Bürgerinnen und Bürger,

ich freue mich, dass Sie meine Einladung angenommen haben und ich Sie anlässlich  
des Festaktes zum Tag der Deutschen Einheit im Sächsischen Landtag begrüßen  
darf.

Ich begrüße ganz herzlich die Abgeordneten des Europaparlamentes, des  
Deutschen Bundestages und des Sächsischen Landtags sowie ehemalige  
Abgeordnete.

Ich freue mich über die Anwesenheit von ehemaligen obersten Repräsentanten der  
Verfassungsorgane, lieber Erich Iltgen, lieber Herr Budewig, sowie von Mitgliedern  
der Staatsregierung und des Verfassungsgerichtshofes.

Ich begrüße die Vertreter des konsularischen Korps, der Kirchen und  
Religionsgemeinschaften, der Städte und Landkreise, der Bundeswehr, von  
Universitäten und Hochschulen, der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberorganisationen  
sowie viele weitere Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens.

Meine Damen und Herren,

dank der Wiedervereinigung Deutschlands heute vor 21 Jahren ist der Freistaat  
Sachsen, nachdem er von den Nationalsozialisten 1933 und von den Kommunisten  
1952 zerschlagen worden war, mit einem Festakt auf der Albrechtsburg in Meißen  
wiederbegründet worden.

Mit der Deutschen Einheit und der Wiedererrichtung des sächsischen Staates war für uns zugleich die Neugründung des demokratischen Parlamentarismus verbunden.

Deshalb feiern wir unseren Nationalfeiertag im Sächsischen Landtag seitdem vor allem auch als einen landespolitischen Höhepunkt.

Hier ist in den zurückliegenden zwei Jahrzehnten schon oft die Frage gestellt worden, ob die Deutsche Einheit gelungen oder die innere Einheit erreicht worden sei.

So berechtigt diese Frage mit Blick auf die Befindlichkeiten der Deutschen in Ost und West auch immer gewesen sein mag:

Geht es bei dieser Frage nur um gleichwertige Lebensverhältnisse oder geht es nicht auch um den Volkscharakter der Deutschen?

Von Anfang an habe ich die Entwicklung nach dem 3. Oktober 1990 als einen historischen Prozess verstanden, der sich in allen deutschen Ländern gleichermaßen vollzieht, auch wenn es für uns in den neuen Bundesländern ein Neuanfang war.

Wir wollten 1989 und 1990 die staatliche Einheit aller Deutschen in Ost und in West.

Diesen Patriotismus haben wir in Sachsen mit den Schwarz-Rot-Goldenen Fahnen zum Ausdruck gebracht.

Ebenso wichtig war für mich, wie für viele Tausende andere auch, schon in der Endzeit der DDR meine sächsische Identität.

Das wurde auf den Demonstrationen im ganzen Land mit den weiß-grünen Fahnen sichtbar gemacht.

Der Ruf nach einem Zusammenwachsen zu innerer Einheit darf keinesfalls als Gleichmacherei oder gar Zwangshomogenisierung missverstanden werden.

Deutschland lebt aus der Vielfalt seiner Stämme, sagte man gern im 19. Jahrhundert.

Die Geschichte hat unserem Volk viele kulturelle Zentren, Mentalitäten und über Jahrhunderte gewachsene Staatlichkeiten beschert. Uns Deutschen ist jede Form von Zentralismus fremd und regelrecht verhasst.

Heute empfinde ich die Vielfalt als den allergrößten Gewinn, der uns von anderen Staaten und Völkern unterscheidet.

Wenn wir heute stolz auf unser freies und demokratisches Deutschland sind, so findet dieser Stolz seine Nahrung und seine Kraft auch darin, dass wir Bayern oder Sachsen, Thüringer oder Rheinländer sind.

Vielleicht war dieses Gefühl nie zuvor so stark ausgeprägt wie heute, seitdem der deutsche Föderalismus dank der Deutschen Einheit und der Wiedereinführung der Länder auf dem Boden der DDR den stärksten Impuls seiner Geschichte erhalten hat.

Noch 2010 überschreibt eine Umfrage ihre Botschaften mit dem Titel „Werden wir ein Volk?“

Die Antwort darauf kann aus meiner Sicht nur lauten:

„Wir sind ein Volk.“

Erinnern Sie sich?

„Wir sind das Volk“ und „Wir sind ein Volk“.

Das sind die zentralen Botschaften der Freiheitsrevolution von 1989 an die deutsche Geschichte, für die es kein Verfallsdatum geben darf.

„Einigkeit und Recht und Freiheit“, diese alten demokratischen Forderungen in unserer Nationalhymne sind von den Forderungen der Friedlichen Revolution nicht zu trennen.

Als protestantische Revolution – wie gerade der große Sozialdemokrat Richard Schröder immer wieder betont – hat die Freiheitsbewegung von 1989 aus den Kirchen heraus ihren Weg auf die Straßen und Plätze gefunden.

Dass diese Revolution zum ersten Mal in Deutschland siegreich war und in die deutsche Einheit führte, gehört zu den Sternstunden unserer Geschichte.

Was die eben erwähnte Umfrage betrifft, so hat es mich nicht verwundert, dass die Deutsche Einheit von den allermeisten unserer Landsleute ungeachtet der regional differenzierten Lebensverhältnisse heutigentags als insgesamt gelungen eingeschätzt wird.

Die Menschen, so das Fazit, hatten und haben es selbst in der Hand, die notwendigen Schritte aufeinander zuzugehen. In vielen Fällen ist die Bevölkerung den Frage- und Problemstellungen der Meinungsforscher und Meinungsmacher weit voraus.

Der Einschätzung der Mehrheit aller Deutschen über das Gelingen der Deutschen Einheit schließen wir uns in Sachsen, auch wenn (oder gerade weil) wir uns den kritischen und vor allem selbstkritischen Blick bewahrt haben, von Herzen gern an.

Schauen wir uns doch offenen Auges und aufmerksamen Geistes im Lande um.

Selbstverständlich nehmen wir wahr und bekommen es auch deutlich gesagt, wo die wirtschaftlichen oder sozialen Probleme im Einzelnen zu suchen sind.

Jeder Abgeordnete kann in seinem Wahlkreis ein Lied davon singen, wie weit die Sichtweisen und Perspektiven auf manche Dinge im Einzelnen auseinander liegen können.

Vor allem diejenigen unter uns, die an der Staatsgründung und an der Konstituierung des Sächsischen Landtags im Oktober 1990 beteiligt waren, sind sich dessen bewusst, dass wir bis heute nur einen Teil dessen geschafft haben, was wir uns 1992 in unserer Verfassung vorgenommen haben. Es liegt noch einiges vor uns.

Trotzdem überwiegen die Gründe dafür, um darauf stolz zu sein, wie wir, die Bürgerinnen und Bürger des Freistaates Sachsen, die einzigartige historische Chance unserer neu verfassten sächsischen Staatlichkeit seit 1990 genutzt haben.

Sachsen präsentiert sich heute als eines der leistungsfähigsten Länder in der Bundesrepublik Deutschland.

Auf der Basis der Deutschen Einheit haben wir auch einen Lebensstandard erreicht, wie es ihn für die sächsische Bevölkerung nie zuvor in der Geschichte gegeben hat.

Die alten Bundesländer haben Jahrzehnte dazu gebraucht, was in Sachsen – nicht zuletzt durch die historisch einmalige Solidarität aller Deutschen – in einem Aufholprozess von einigen Jahren erreicht wurde.

Der damit verbundene eigenständige sächsische Weg, den wir 1990 eingeschlagen haben, ist 2010 aus Anlass des 20. Jahrestages der Wiedererrichtung unsere Freistaates Sachsen von allen Seiten beleuchtet worden.

Heute vor einem Jahr hat unserer verehrter erster Ministerpräsident Kurt Biedenkopf an dieser Stelle darauf hingewiesen, welche Kraft und Produktivität uns auf diesem Weg aus der Geschichte und selbst aus den sogenannten nicht ökonomischen Faktoren erwachsen ist.

Ich kann diesen Gedanken aus meiner eigenen Sichtweise, gewonnen in zwei Jahrzehnten sächsischer Politik, nur immer wieder bestätigen.

Die ganz besonders enge Verbindung, ja Symbiose, von Tradition und Innovation ist das ursächsische Rezept einer erfolgreichen Entwicklung.

Wer die Vergangenheit kennt und sich von den schöpferischen Kräften unserer Vorfahren inspirieren lässt, behält die Bodenhaftung in der Gegenwart und gewinnt die Fähigkeit zur Gestaltung der Zukunft.

Niemand in Sachsen käme nach dem Zeitraum von genau einer Generation, der seit der Wiedervereinigung vergangen ist, auf die Idee, sich auf dem Erreichten auszuruhen.

Wir werden unsere Energie, unsere Kreativität und unseren Erfindergeist, aber auch unsere Beständigkeit, Widerstandskraft und Verantwortungsbereitschaft angesichts der Herausforderungen der Zukunft vielleicht noch dringender benötigen denn je.

Es wäre jedenfalls ein gefährlicher Trugschluss zu glauben und die Hoffnung in der Bevölkerung zu nähren, dass der Lebensstandard bei uns immer nur weiter steigen wird.

So wie die Bäume nicht in den Himmel wachsen, kann auch das materielle Wachstum auf der Ebene von Mensch und Gesellschaft nicht grenzenlos sein.

Höher, breiter – schneller, weiter. Das sind Kategorien, die sich vielleicht aufeinander reimen mögen, mit einer nachhaltigen Entwicklung aber unvereinbar sind.

Entwicklung sollte nicht an der Größe, der Dimension, der Geschwindigkeit, sondern vielmehr an ihrer Nachhaltigkeit und den Gesetzen eines qualitativen Wachstums bemessen werden, das dem Maß des Menschen in seiner Umwelt und in seiner Gemeinschaft gerecht wird.

Es darf bezweifelt werden, dass unsere Zivilisation heute noch über genügend Spielraum verfügt, neue Grenzerfahrungen zu sammeln oder auch nur so weiter zu wirtschaften wie bisher, weil ihr schon heute in mehr als einer Hinsicht die Luft auszugehen droht.

Gegenüber der Umwelt, in der Wirtschaftsweise, im Finanzgebaren und im sozialen Leben muss das Gebot der Nachhaltigkeit zu seinem Recht gelangen, wenn die

Entwicklung den Menschen von heute nicht überrollen und den Menschen von morgen nicht vor Herausforderungen stellen soll, die nicht mehr zu bewältigen sind. Wir müssen für unsere Kinder und Enkel dieselben Lebenschancen bewahren, die wir für uns selbst beanspruchen.

Das Beispiel der Länder Südeuropas macht schon heute permanent deutlich, welches enorme Gefälle wir bereits gegenwärtig innerhalb der Europäischen Union verzeichnen und weiter zu verzeichnen haben. Wer immer nur über seine Verhältnisse lebt, steuert geradewegs in die Katastrophe.

Wir müssen jetzt auf allen Entscheidungs- und Gestaltungsebenen dafür Sorge tragen und uns innerhalb Deutschlands und Europas dafür einsetzen, dass das erreichte Niveau und die Stabilität unserer Gesellschaften erhalten bleiben.

Es geht darum, dass unser Lebensstandard gesichert und die Lebensqualität in einer Weise kultiviert und befördert wird, so dass auch die nachfolgenden Generationen noch an den Errungenschaften der Freiheit des Geistes, der Gleichheit vor dem Gesetz und des solidarischen Ausgleichs innerhalb der Gesellschaft teilhaben können.

Der Lebensstandard, wie ich ihn verstehe, lässt sich an der Erfüllung der materiellen Grundbedürfnissen der Menschen messen, in Parameter aufgliedern und in Vergleichszahlen fassen. Niveauunterschiede wird es in diesem Bereich entwicklungsbedingt immer geben. Innerhalb eines Staates sind sie entsprechend seiner Verfassung am stärksten beeinflussbar.

In der Lebensqualität kommen dagegen jene nicht ökonomischen Faktoren zum tragen, von denen Kurt Biedenkopf gesprochen hat, und die die Ökonomen nicht in Formeln ausdrücken oder in Zahlen messen können.

Der Lebensqualität wird man mit der Bewertung der materiellen Grundbedürfnisse allein niemals gerecht.

Zur Lebensqualität gehören Kategorien wie Freiheit und Glück, Freundschaft und Glaubensgemeinschaft, die Liebe zur Natur oder die Freude an den Schöpfungen des Geistes, die im Menschen selbst begründet sind.

Frieden, Gerechtigkeit und Bewahrung der Schöpfung bilden das Fundament, ohne das sich weder der einzelne Mensch noch die Gesellschaft als Ganzes entfalten kann.

Der letzte Begriff hat den Weg aus dem Alten Testament in die Präambel unserer Sächsischen Verfassung gefunden. Diese früheste Definition von Nachhaltigkeit ist nach Jahrtausenden aktueller denn je.

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

gerade an einem Tag wie dem heutigen sollten wir es daher auch nicht versäumen, uns über das politische Tagesgeschäft hinaus der Ideen und Ideale zu versichern, mit denen wir angetreten sind und deren Tragfähigkeit für die Zukunft zu überprüfen.

Einer, der das über die zurückliegenden beiden Jahrzehnte immer wieder auf eindringliche Weise geleistet hat, konnte für den Festakt als Redner gewonnen werden.

Den allermeisten von Ihnen brauche ich Werner Schulz nicht vorzustellen.

Viele haben ihn zuletzt anlässlich des Festaktes „20 Jahre Friedliche Revolution“ im Neuen Gewandhaus in Leipzig als Redner persönlich erlebt.

Seine Vorgeschichte führt weit in die DDR-Zeit zurück.

Schon 1968, als der gebürtige Zwickauer gegen die in die CSSR einrollenden sowjetischen Panzer aufbegehrte, war er ins Visier der Staatssicherheit geraten.

Fortan sollten die Genossen ihn nicht mehr aus den Augen lassen.

Wie so vielen anderen aufrechten Kritikern der oftmals menschenverachtenden Verhältnisse im real existierenden Sozialismus, an die wir uns aus Anlass des 50. Jahrestages des Mauerbaus gerade wieder erinnern konnten, wurden auch ihm staatlicherseits immer wieder ein Stein nach dem anderen in den Weg gelegt.

Oft hat erst das Aktenstudium in den Neunziger Jahren offen gelegt, in welchem Ausmaß damals in berufliche Karrieren und biographische Werdegänge eingegriffen worden ist.

Auch für Werner Schulz blieb seine in doppeltem Wortsinn „protestantische“ Haltung gegenüber der Obrigkeit nicht folgenlos.

Nachdem er 1980 in Berlin gegen die sowjetische Besetzung Afghanistans protestiert hatte, wurde er als wissenschaftlicher Assistent an der Humboldt-Universität fristlos entlassen.

Es entspricht folgerichtig seiner widerständigen Persönlichkeit und Biografie, dass er 1989 zu den Gründungsmitgliedern des Neuen Forums gehörte und als einer der Hauptakteure der Friedlichen Revolution und am Zentralen Runden Tisch politische Verantwortung übernommen hat.

Über die sächsische Landesliste von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN gelang ihm der Einzug in den ersten gesamtdeutschen Bundestag.

Mit individuellem politischem Profil und persönlichem Charisma hat er immer wieder den Bundestag, Parteitage und Nominierungsveranstaltungen zum Bundestag und zum Europäischen Parlament mitgerissen und überzeugt, manchmal auch gegen das eigene Partei-Establishment.

Heute ist Werner Schulz als Abgeordneter der Grünen Mitglied des Europäischen Parlaments.

Wir dürfen gespannt darauf sein, was Du, lieber Werner Schulz, uns heute aus Deiner parlamentarischen Arbeit und aus Deinen persönlichen Erfahrungen der letzten zwei Jahrzehnte mit auf den Weg geben wirst.

Ich danke Ihnen und bitte vor nun Herrn Staatsminister Morlok als Stellvertreter des Ministerpräsidenten für die Sächsische Staatsregierung um das Wort.